



K u r z b e r i c h t

*über die 96. Sitzung des **Wirtschaftsausschusses***

*am Mittwoch, dem 20. Mai 2009,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags*

Beginn: 9:00 Uhr

Die Ausschussmitglieder nahmen zunächst Informationen zur **Umsetzung des Konjunkturpakets II durch die GMSH** entgegen. Dem schloss sich eine Aussprache an. Die Ausschussmitglieder vereinbarten, zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 10. Juni 2009 auch Vertreter des Innenministeriums, des Bildungsministeriums sowie des Gemeindetages zur Umsetzung des Konjunkturpakets II zu hören und dabei auch den Bericht nach § 3 Abs. 1 der Verwaltungsvereinbarung zum Zukunfts-Investitionsgesetz einzubeziehen.

Zum Antrag der Fraktion der FDP betr. **Investitionserleichterungsprogramm zur Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein**, Drucksache 16/2634, streben die Fraktionen die Erarbeitung eines interfraktionell getragenen Antrags zur Vorbereitung einer Beschlussempfehlung des Ausschusses an das Juni-Plenum des Landtags an.

Die durchgehende **AKN-Anbindung des Kreises Segeberg an den Hamburger Hauptbahnhof**, Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/2636, stand sodann im Mittelpunkt der Ausschussberatungen. Die Ausschussmitglieder beschlossen hierzu die Durchführung einer Anhörung von Vertretern der AKN, der Freien und Hansestadt Hamburg, der Bahn AG, der Landkreise Pinneberg und Segeberg sowie des Fahrgastverbandes PRO BAHN.

Der Antrag der Abgeordneten des SSW zur **Bildung einer grenzüberschreitenden Arbeitsgruppe zum Ausbau der Infrastruktur im deutsch-dänischen Grenzland**, Drucksache 16/2379, wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ablehnung durch den Landtag empfohlen.

In dem für den 17. Juni 2009 vereinbarten Gespräch mit der Konzernbevollmächtigten der DB AG soll auch das Thema „alternative Untersuchungen der DB AG zur Trassenführung der Bahnstrecke Lübeck- Puttgarden“ Erörterungsgegenstand sein.

Den Termin für eine gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses und des Wirtschaftsausschusses am 4. Juni 2009 zur abschließenden Beratung über das MSC in Kiel

merkten sich die Ausschussmitglieder vor.

Für die Sitzung des Ausschusses am 10. Juni 2009 beantragte Abg. Matthiessen die Behandlung des Antrags seiner Fraktion „Umfassende verbindliche Mindestlohnreglung“, Drucksache 16/1565.

Schluss: 10:10 Uhr

gez. Neil